

## "Europäisches Währungssystem ab heute wirksam" Luxemburger Wort (13. März 1979)

**Quelle:** Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 13.03.1979, n° 59; 132e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

**Urheberrecht:** (c) Imprimerie Saint-Paul s.a

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"europaisches\\_wahrungssystem\\_ab\\_heute\\_wirksam"\\_luxemburger\\_wort\\_13\\_marz\\_1979-de-7b40d90e-5016-47ca-8d75-eed352d4d5fd.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 15/09/2012

## Europäisches Währungssystem ab heute wirksam

### Europäischer Rat in Paris: Wirtschaft, Energie und Agrarpolitik im Mittelpunkt

– von unserm Redaktionsmitglied Fons Theis (z.Z. Paris) –

**Das europäische Währungssystem EWS wird ab heute seine volle Wirkung entfalten. Die Staats- und Regierungschefs haben bereits vor der Eröffnung des Europäischen Rats in Paris festgestellt, daß die notwendigen Vorbedingungen erfüllt sind und haben damit jede weitere Diskussion von vornherein ausgeschaltet, die die Funktionsfähigkeit des Systems hätte behindern können.**

Nachdem das leidige Problem der agrarpolitischen Ausgleichsbeträge, das die faktische Einführung des Systems seit nunmehr drei Monaten aufgehalten hatte, in der vergangenen Woche durch einen Kompromiß aus dem Weg geräumt worden war, der es den streitenden Parteien, insbesondere Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, erlaubte, das Gesicht zu wahren, kamen die Staats- und Regierungschefs nicht daran vorbei, die längst fälligen Konsequenzen zu ziehen. Das Gegenteil hätte ihre Glaubwürdigkeit vollständig in Frage gestellt. Die Verspätung hat dem Währungssystem ohnehin insofern nicht genutzt, als der politische Impakt der Maßnahme in den agrarpolitischen Streitereien untergegangen ist.

Ab heute bewegen sich die Währungen von acht Mitgliedstaaten – Großbritannien ausgenommen – also offiziell innerhalb eines der Schlange ähnlichen Systems. Dem im Dezember vom europäischen Rat in Brüssel getroffenen Beschluß entsprechend schwanken die teilnehmenden Währungen innerhalb einer Bandbreite von 2,25 Prozent nach unten oder nach oben. Nur Italien nimmt eine Bandbreite von maximal sechs Prozent in beiden Richtungen für sich in Anspruch. Die einzelnen Währungen steigen zu dem gestern von den Gouverneuren der Zentralbanken im Basel festgelegten Kurs ein. Seit Dezember haben die Kurse sich faktisch innerhalb der festgelegten Margen bewegt.

Änderungen der Leitkurse werden nur mehr nach gemeinsamer Übereinstimmung in den zuständigen Gemeinschaftsgremien vollzogen. Eine neue künstliche Währungseinheit, der ECU, wird die Funktion sowohl einer Bezugsgröße als auch eines gemeinsamen Nenners bei den Interventions- und Kreditmechanismen, als auch eines Indikators bei der Erreichung der sog. Divergenzschwelle zur Auslösung eines Interventions- und des Konsultations-Mechanismus sowie eines Zahlungsmittels beim Saldenausgleich zwischen den Nationalbanken übernehmen, das System wurde zusätzlich durch ein gegenüber der Schlange verbessertes kurz- und mittelfristiges Kredit-System strukturell abgesichert.

Die wirtschaftlichen Probleme, die Versorgung der Gemeinschaft mit Energie, die anhaltende Arbeitslosigkeit werden eindeutig im Mittelpunkt der Beratungen der Regierungschefs stehen. Der britische Premierminister James Callaghan hat insofern bereits Farbe bekannt, als er die bekannten britischen Thesen wiederholend, erneut eine Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik gefordert hat.

In Sachen Energie werden keine umwälzenden Entscheidungen erwartet. Es wird bestenfalls damit gerechnet, daß die Regierungschefs erneut allgemeine Zielsetzungen für die Einschränkung der Energieabhängigkeit der Gemeinschaft festlegen und den zuständigen Ministern den Auftrag erteilen, dieses Ziel durch praktische Maßnahmen zu erreichen. Sie werden darüber hinaus, so wird allgemein erwartet, versuchen, die Öffentlichkeit über die mengenmäßige Versorgung zu beruhigen und dadurch einen gewissen Druck von den Preisen zu nehmen. Ob und inwieweit der französische Staatspräsident den von ihm entwickelten Gedanken einer gemeinsamen Konferenz zwischen den europäischen, afrikanischen und arabischen Staaten weiterspinnen wird, war gestern abend noch nicht abzusehen.

Frankreich hat es in den vergangenen Wochen erkennen lassen, daß es das Thema Euratom auf die Tagesordnung bringen will. Eine Auslegung des Vertrages durch den europäischen Gerichtshof in Luxemburg, laut der die Kompetenz für die Versorgung mit Brennstoffen und die nukleare Sicherheit bei der Gemeinschaft liegt, hat insofern in Frankreich Mißmut erregt, als damit keine individuellen Verhandlungen mit Drittstaaten mehr möglich sind. Ein Antrag Frankreichs auf Abänderung des Euratom-Vertrages war während längerer Zeit im Gespräch, ob er aber tatsächlich vorgelegt werden wird, war

keineswegs sicher. Ein derartiger Antrag hätte nämlich den offensichtlichen Nachteil, daß er andere Forderungen auf Änderung der Verträge nach sich ziehen würde. Letzten Endes könnte man dem einen nicht verweigern, was man dem anderen zugesteht.

Die Arbeitslosigkeit lastet nach wie vor schwer auf der europäischen Gemeinschaft. Die Regierungschefs werden die Probleme nicht übersehen können. In Paris geht kaum jemand davon aus, daß sie eine allgemein gültige Lösung, etwa die von den Gewerkschaften geforderte Senkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, auf den Tisch legen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft nicht auf internationaler Ebene zu gefährden. Verschiedene Gedanken waren im Gespräch, etwa die Einführung eines Fünf-Schichten-Systems in der Stahlindustrie, die Erweiterung des Berufsfächers für Frauen, die qualitative Verbesserung der Ausbildung.

Luxemburg wird, soweit zu erfahren war, darauf drängen, daß die von der Gemeinschaft gewährten sozialen Beihilfen nicht nur in den ärmeren Regionen der Gemeinschaft verteilt werden, sondern auch hoch industrialisierten Gebieten zugute kommen, falls sich strukturelle Umwälzungen mit schwerwiegenden Folgen für die Beschäftigung, wie z. B. in der Stahlindustrie, aufdrängen.